

Feindtätigkeit in der Zeit vom 1.1. bis 30.6.1959

22. Juli 1959

Information Nr. 511/59 – Bericht über die Feindtätigkeit in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1959

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 131–139 (6. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Walter, Beater, HA V, Ziehm, Ablage.

Verweis

Information [6/59](#).

Der Bericht beschränkt sich auf folgende Arten feindlicher Tätigkeit:

I. Verbreiten von Hetzschriften und Hetzflugblättern feindlicher Zentralen

- a) Verbreitung durch Ballon
- b) Verbreitung auf dem Postwege
- c) Verbreiten durch Personen

II. Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften

III. Anonyme Hetze und Drohungen durch Briefe und telefonische Anrufe

VI. Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien

V. Offene hetzerische und verleumderische Äußerungen

VI. Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Plakaten u. a.

VII. Tötlichkeiten und Provokationen gegen VP-Angehörige und andere Staats- und Parteifunktionäre

Im Vergleich zum 1. und 2. Halbjahr 1958 ist die Feindtätigkeit auf den genannten Gebieten – mit Ausnahme der anonymen Hetze und Drohungen und dem Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Plakaten u. a. – zurückgegangen.

I. Verbreiten von Hetzschriften und Hetzflugblättern feindlicher Zentralen

Im 1. Halbjahr 1959 wurden insgesamt 1 703 250 Hetzschriften sichergestellt, dies sind ca. 50 % weniger als im 1. Halbjahr 1958 (3 403 871).

Davon wurden 970 073 Exemplare durch Ballon, 733 177 Exemplare durch die Post eingeschleust.

Die einzelnen Zentralen waren daran wie folgt beteiligt:

- NTS¹/Zope:² 31 %
- UfJ:³ 20 %
- CDU:⁴ 15 %
- SPD:⁵ 13 %
- Unbekannt: 13 %
- KgU:⁶ 6 %
- DGB:⁷ 2 %

Zu a: Verbreitung durch Ballon

Im 1. Halbjahr 1959 wurden insgesamt 970 073 durch Ballon eingeschleuste Hetzschriften sichergestellt, das sind 62 % weniger als im 1.

Halbjahr 1958. Während in den vorangegangenen Jahren besonders in den Monaten April und Mai (Vorbereitung und Durchführung des 1. und 8. Mai) die Hetzschriftenverbreitung durch Ballon anstieg, so ist sie in diesem Jahr im Vergleich zu den übrigen Monaten erstmalig ungefähr gleichgeblieben.

Der Anteil der einzelnen Agentenorganisationen an der Verbreitung von Flugblättern durch Ballon hat sich bei allen Zentralen ⁸ verändert. Der Hauptanteil der durch Ballon eingeschleusten Hetzschriften trug im 1. Halbjahr 1959 wie im Jahre 1958 die NTS/Zope mit 59 % (1. Halbjahr 1958 = 30 %, 2. Halbjahr 1958 = 50 %). Zahlenmäßig hat die NTS/Zope die Hetzschriftenverbreitung nicht wesentlich verstärkt, obwohl der Anteil von 30 % im 1. Halbjahr 1958 auf 59 % im 1. Halbjahr 1959 angestiegen ist. (Das prozentuale Ansteigen ist auf den Rückgang der Hetzschriftenverbreitung bei allen anderen Zentralen zurückzuführen.) Anteilmäßig folgen dann das SPD-Ostbüro mit 24 % (1. Halbjahr 1958 = 44 %, 2. Halbjahr 1958 = 21 %) und KgU mit 11 % (1. Halbjahr 1958 = 21 %, 2. Halbjahr 1958 = 12 %). Damit ist bei diesen Zentralen die Hetzschriftenverbreitung wesentlich zurückgegangen. Die Materialien des UfJ, des Ostbüros der CDU, des Ostbüros des DGB und die Hetzschriften verschiedener und unbekannter Herkunft erreichten zusammen nur 4 % (1. Halbjahr 1958 = 6 %).

Die meisten Hetzschriften wurden in den Bezirken Magdeburg (66 %), Erfurt (11 %) fest- und sichergestellt, während in allen übrigen Bezirken nur 2 bis 6 % aller Flugblätter gefunden wurden. In dem Anteil der Bezirke hat sich im Vergleich zum Jahre 1958 nichts verändert. Das *Ostbüro der SPD* konzentrierte sich besonders auf die Bezirke Magdeburg und Schwerin, *NTS/Zope* besonders auf die Bezirke Magdeburg, Halle und Erfurt.

Bei den im 1. Halbjahr 1959 durch Ballon eingeschleusten Hetzflugblättern sind die nachfolgend aufgeführten in größeren Mengen angefallen:

- »Wiederholen der Wahlen von Westberlin in ganz Berlin, in ganz Deutschland.« (Hetze gegen SED).⁹
- »Berlin bleibt frei« (Hetze gegen Freistadt Westberlin, ¹⁰ Aufruf zum Widerstand).
- »Neue Deutschland-Politik zeichnet sich ab« (Hetze gegen gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig ¹¹ und den Gen. Ulbricht¹²).
- »10. Jahrestag der Zonenrepublik im Zeichen verschärften Zwangs« (Hetze gegen Selbstverpflichtungen, Wettbewerbe u. a., Aufruf zum Widerstand).
- »Es gibt nur ein Deutschland, das wiedervereinigt werden muss« (Hetze gegen Gen. Chruschtschow¹³).
- »Die freie Welt steht zu Westberlin« (Wortlaut der Rede Eisenhowers ¹⁴ am 16.3.1959¹⁵ – Hetze gegen SU).

Aus dem Inhalt der eingeschleusten Hetzschriften sind folgende Hauptrichtungen der Hetzpropaganda der Feindzentralen ersichtlich:

1. In der Bevölkerung der DDR eine Stimmung gegen eine freie entmilitarisierte Stadt Westberlin zu erzeugen und dabei die Hetze besonders gegen die Sowjetunion und den Gen. *Chruschtschow* zu richten.
2. Zum Widerstand mit »politischen Mitteln« aufzufordern und die Festigung und Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht zu verhindern.
3. Gegen die sozialistische Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft zu hetzen, um damit die Erfüllung der Beschlüsse des V. Parteitages zu verhindern.¹⁶

Zu b: Verbreitung auf dem Postwege

Im 1. Halbjahr 1959 konnten 733 177 auf dem Postwege verschickte Hetzschriften eingezogen werden. Das sind ca. 100 000 weniger als im 1. Halbjahr 1958. Auch im Vergleich zum 2. Halbjahr 1958 ist die Hetzschriftenverbreitung durch die Post um ungefähr die gleiche Anzahl zurückgegangen. Schwerpunkte waren hier genau wie im Vorjahr Dresden (99 000 Exemplare), Potsdam (78 000 Exemplare) und Karl-Marx-Stadt (73 000 Exemplare).

Das Ostbüro der SPD konzentrierte sich besonders auf die Bezirke Dresden und Potsdam. Auf die einzelnen Feindzentralen entfallen:

- UfJ: 45 %
- CDU: 31 %
- Verschiedene: 13 %
- KgU: 5 %
- SPD: 3 %
- DGB: 2 %
- NTS: 1 %

Der Anteil der Hetzschriftenverbreitung durch die Post hat sich im Vergleich zum Vorjahr beim UfJ um 15 % erhöht; bei allen anderen Zentralen sind die Veränderungen nur unwesentlich.

Bei den durch Post versandten Hetzschriften handelt es sich beim größten Teil um die schon bekannten regelmäßig erscheinenden »Bezirkszeitungen« und »Monatsausgaben«. Die Monatsausgaben »Der Soldat«, ¹⁷ »Geist und Leben«, ¹⁸ »Die Wahrheit«, ¹⁹ »Tarantel«, ²⁰ »Der Kämpfer«, ²¹ »Elternhaus und Schule« ²² sind seit März, einzelne sogar seit Februar, nicht mehr angefallen. Die gefälschte Einheit, die sonst auch monatlich herausgegeben wurde, ist in diesem Jahr bisher nur zweimal erschienen.²³

Zu c: Verbreiten durch Personen

Neben der Einschleusung durch Ballon und Post wurden in der Berichtszeit ca. 116 Fälle bekannt, wo derartige Hetzschriften und Flugblätter (890 Stück) durch Personen weiterverbreitet oder ausgelegt wurden. Im 1. Halbjahr 1958 waren es dagegen 215 Vorkommnisse dieser Art. Besonders war dies in den Bezirken Erfurt, Magdeburg, Neubrandenburg und Potsdam festzustellen. Die Hetzschriften wurden zu 90 % in Straßen, Häusern, Grundstücken und Telefonzellen und zu 7 % in Betrieben abgelegt.

II. Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften

Das Verbreiten selbstgefertigter Hetzschriften ist im 1. Halbjahr 1959 im Vergleich zum 1. Halbjahr 1958 nur etwas zurückgegangen, im Vergleich zum 2. Halbjahr 1958 jedoch um 75 %. Es wurden insgesamt 567 Exemplare beschlagnahmt (1. Halbjahr 1958 = 600 Expl., 2. Halbjahr 1958 = 2 366 Expl.). Die meisten selbstgefertigten Hetzschriften sind im Monat April angefallen. Der größte Teil der Hetzschriften (98 %) wurde in Straßen, Häusern und Grundstücken abgelegt und nur 2 % in Betrieben.

Die sichergestellten Exemplare beinhalten in 439 Fällen Hetze gegen Partei und Regierung und deren Funktionäre. 79 Exemplare richteten sich direkt gegen den 1. Sekretär des ZK, Gen. Ulbricht. Alle übrigen Hetzschriften beinhalten Hetze gegen die SU, die LPG und Genfer Konferenz.²⁴ Schwerpunkt ist der Bezirk Karl-Marx-Stadt (400). Hier wurden allein 70 % der selbstgefertigten Hetzschriften verbreitet.

III. Anonyme Hetze und Drohungen durch Briefe und telefonische Anrufe

Geringfügig angestiegen (um 20 Delikte) ist in der Berichtszeit die Hetze und Drohung mittels anonymer Anrufe und Briefe. Insgesamt wurde im 1. Halbjahr 1959 die Versendung von 84 Briefen und die Anwendung von 14 Anrufen bekannt. In 30 Fällen hatten die anonymen Briefe und Anrufe hetzerischen Inhalt und in 51 Fällen wurde mittels Drohung versucht, Partei- und Staatsfunktionäre und Angehörige der Intelligenz unsicher zu machen. Direkt zur Republikflucht wurde in sechs Fällen aufgefordert.

Schwerpunkte sind die Bezirke Magdeburg (32), Dresden (26) und Karl-Marx-Stadt (13), in denen allein 72 % der bekannt gewordenen Delikte registriert wurden.

IV. Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien

Das Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien ist zurückgegangen. In der Berichtszeit wurden 630 solcher Schmierereien bekannt (1. Halbjahr 1958 = 801). Im Monat Mai, in dem in den vorhergehenden Jahren das Anmalen von Hetzlosungen und faschistischen Schmierereien immer besonders anstieg, hat sich erstmalig in diesem Jahr im Vergleich mit den anderen Monaten keine wesentliche Veränderung ergeben.

Der Anteil der faschistischen Schmierereien (67 %) (Hakenkreuze, SS-Runen, Heil Hitler usw.) hat sich im Vergleich zu 1958 nicht verändert. 20 % der Losungen und Schmierereien richteten sich gegen Partei und Regierung, 4 % direkt gegen den Gen. Walter Ulbricht, 3 % gegen die Sowjetunion, Hetze gegen Normen und die Seifert-Methode zwölf Losungen.²⁵

Den größten Anteil haben die Bezirke Magdeburg (20 %), Dresden (16 %), Halle (16 %) und Berlin (10 %). Die Hetzlosungen wurden zu 62 % in der Öffentlichkeit und zu 38 % in Betrieben angeschmiert.

V. Offene hetzerische und verleumderische Äußerungen

Die offene mündliche Hetze ist im Vergleich zu 1958 wesentlich zurückgegangen. Es wurden 315 derartige Vorkommnisse bekannt und 154 Personen in diesem Zusammenhang durch die VP inhaftiert. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 1958 sind die bekannt gewordenen Vorkommnisse offener Hetze um ca. 20 % und zum 2. Halbjahr 1958 um 80 % zurückgegangen.

Circa 55 % der Täter waren angetrunken und zu 26 % erfolgte die Hetze in Gaststätten. Nur 4 % der Delikte entfallen auf die Betriebe, während die restlichen 70 % im öffentlichen Verkehr erfolgten. Ungefähr ein Drittel aller Täter waren Arbeiter und Bauern und 20 % Jugendliche.

In erster Linie wandte sich die Hetze und Verleumdung gegen die DDR und führende Partei- und Staatsfunktionäre (37 %). Weiter richtete sie sich gegen die NVA und VP (34 %), Gen. Ulbricht (2 %), die SU (2 %), LPG (2 %). 23 % der bekannt gewordenen Delikte trugen faschistischen Charakter.

Schwerpunkte sind hier die Bezirke Berlin (50 %), Potsdam (21 %) und Magdeburg (20 %), die wie im vorigen Jahr, den weitaus größten Anteil an diesen Vorkommnissen aufweisen.

VI. Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Plakaten u. a.

Das Abreißen und Beschädigen von Fahnen, Bildern, Transparenten und Plakaten ist im Vergleich zum 1. Halbjahr 1958 etwas angestiegen. Im Berichtszeitraum wurden 692 derartige Vorfälle bekannt.

Diese Art der Feindtätigkeit trat besonders in den Monaten März (Besuch des Gen. Chruschtschow²⁶) und Mai in Erscheinung (1. und 8. Mai). Im Einzelnen wurden 377 Fahnen, 269 Plakate und Transparente, 27 Bilder und 19 Wandzeitungen beschädigt und abgerissen. In 63 Fällen wurden Jugendliche als Täter ermittelt und in 14 Fällen Arbeiter. 16 Personen wurden inhaftiert. Schwerpunkte sind die Bezirke Berlin (307), Magdeburg (66) und Leipzig (62).

VII. Tätlichkeiten und Provokationen gegen VP-Angehörige und andere Staats- und Parteifunktionäre

Die Tätlichkeiten gegen VP-Angehörige, SED-Mitglieder, LPG-Vorsitzende und andere Funktionäre oder fortschrittliche Personen sind weiter zurückgegangen, sodass sie nur mit 163 Fällen 64 % der im 1. Halbjahr 1958 erfolgten Vorkommnisse dieser Art (255) ausmachen.

a) Es handelt sich zu 93 % um Tätlichkeiten gegen VP-Angehörige bei deren Dienstausbübung. So gingen diesen Tätlichkeiten vor allem Verkehrsbelehrungen, PA-Kontrollen,²⁷ Schlichten von Schlägereien und andere polizeiliche Handlungen voraus. Charakteristisch ist auch, dass die Hälfte aller Täter betrunken war. 46 % aller Täter waren Jugendliche, 26 % Arbeiter. 109 Personen wurden inhaftiert. Schwerpunkte sind hier die Bezirke Berlin (67) und Magdeburg (57).

b) In sieben Fällen richteten sich die Tätlichkeiten gegen SED-Mitglieder und FDJ-Funktionäre, die überwiegend durch provokatorische Äußerungen und Hetze von den Tätern herausgefordert wurden. Als Täter traten vorwiegend Jugendliche in Erscheinung. Vier Personen wurden inhaftiert.

Die Analyse der insgesamt im Bericht angeführten feindlichen Vorkommnisse ergibt, dass die Bezirke Magdeburg, Erfurt, Dresden und Karl-Marx-Stadt als absolute Schwerpunkte für diese Arten der Feindtätigkeit anzusehen sind. Die übrigen Bezirke folgen dann erst mit größerem Abstand.

1

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er-Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver; Bernd. Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

2

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenje Poslewoennyh Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

3

Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er-Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext der US-amerikanischen »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

4

Das Ostbüro der CDU wurde 1948 von dem in den Westen geflohenen ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, ins Leben gerufen. Es widmete sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der Ost-CDU, der Informationsbeschaffung und der Einschleusung von Informations- und Propagandamaterial in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

5

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

6

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015; Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

7

Das 1951 unter der Ägide des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften gegründete Ostbüro des DGB hatte seinen Sitz in Düsseldorf und Westberlin. Leiter des DGB-Ostbüros war Gerhard Haas, Jg. 1920, Rechtsschutzsekretär des Berliner DGB. Bei seinen propagandistischen Aktivitäten in der DDR, die überwiegend von geflohenen ehemaligen Funktionären des FDGB getragen wurden, firmierte es in dieser Zeit häufig als »Nurgewerkschaftliche Opposition im FDGB«. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: Konzentrierte Schläge. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse 1953–1956. Berlin 1998, S. 74–76.

8

Als Feindzentralen, später als Feindobjekte, wurden vom MfS westliche Institutionen und Organisationen bezeichnet, denen subversive Aktivitäten gegen die DDR und/oder andere kommunistische Staaten unterstellt wurden. Dazu zählten neben westlichen Geheimdiensten auch kirchliche Organisationen, Medien, politische Organisationen wie Parteistiftungen und Ostbüros der Bundestagsparteien, Bildungseinrichtungen und andere.

9

Am 7.12.1958 fand in Westberlin die Wahl zum Abgeordnetenhaus statt, bei der die SPD mit Willy Brandt als Spitzenkandidat die absolute Mehrheit erreichte. Brandt setzte aber aufgrund der krisenhaften Situation der Stadt (Chruschtschow hatte zehn Tage zuvor sein Berlin-Ultimatum gestellt) die Koalition mit der CDU fort.

10

Am 27.11.1958 übergab das sowjetische Außenministerium den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich eine Note, in der die Sowjetunion ankündigte, der DDR die volle Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin zu übertragen, sollte es nicht innerhalb eines halben Jahres zu einer vertraglichen Vereinbarung der alliierten Mächte kommen, die Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt garantierte. Dies beinhaltete den Abzug der Truppen der Westalliierten aus der Stadt. Damit kündigte die Sowjetunion den Viermächte-Status Berlins quasi auf. Diese Note war dem Vorschlag für einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten vom Januar 1959, in dem der Status Westberlins als freie entmilitarisierte Stadt erneut festgeschrieben wurde (Artikel 25 des Vertragsentwurfs), vorausgegangen und leitete die sogenannte zweite Berlin-Krise ein. Näheres dazu siehe: Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.

11

Zwischen 1954 und 1971 führte der FDGB insgesamt 32 sogenannte Deutsche Arbeiterkonferenzen jeweils zeitgleich mit den Frühjahrs- und Herbstmessen in Leipzig durch. Dazu wurden Arbeitnehmer und Gewerkschafter aus der Bundesrepublik eingeladen, um Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen von DGB und FDGB auszuloten und für die Anerkennung der DDR zu werben. Im März 1959 fand die IX. Deutsche Arbeiterkonferenz statt, an der laut Angaben der SED 1 100 Besucher aus der Bundesrepublik teilnahmen. Als besonderer Gast trat der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow vor den Konferenzteilnehmern auf, der für die Umsetzung des sowjetischen Vorschlags für einen Friedensvertrag und die Entmilitarisierung Deutschlands warb. Vgl. FDGB-Lexikon online abrufbar unter: http://library.fes.de/FDGB-Lexikon/texte/sachteil/d/Deutsche_Arbeiterkonferenz.html (letzter Abruf: 18.6.2020); ND v. 8.3.1959, S. 1 f.

12

Walter Ulbricht, Jg. 1893, SED- und Staatsfunktionär, 1950–71 General- bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

13

Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Jg. 1894, sowjetischer Politiker, 1953–64 Erster Sekretär des ZK der KPdSU, zudem 1958–64 als Vorsitzender des Ministerrats Regierungschef der Sowjetunion.

14

Dwight D. Eisenhower, Jg. 1890, US-amerikanischer Armeegeneral und Politiker der Republikanischen Partei, 1945–48 Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, 1948–50 Präsident der Columbia University, 1950–52 Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, 1953–61 Präsident der USA.

15

In einer Rede, mit der sich US-Präsident Dwight D. Eisenhower am 16.3.1959 an das US-amerikanische Volk wandte, erläuterte er die Verantwortung der Vereinigten Staaten für Westberlin, das zu einem »Symbol der Freiheit« geworden wäre. Um die Rechte der Westalliierten zu bewahren, die er gleichzeitig als Verpflichtung zur Bewahrung von Frieden und Freiheit betrachtete, sprach er sich in Reaktion auf die Note Chruschtschows vom 2.3.1959, in der dieser ein Gipfeltreffen der Regierungschefs der Westmächte und der Sowjetunion vorgeschlagen hatte, für Verhandlungen mit der Sowjetunion aus und stimmte einem Gipfeltreffen auf Ebene der Außenminister zu.

16

Auf dem V. Parteitag der SED (10.–16.7.1958) wurde ein äußerst ambitioniertes Wirtschaftsprogramm beschlossen, dessen Ergebnisse die Überlegenheit des sozialistischen über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen sollten.

17

Eine Zeitschrift oder ein Flugblatt mit dem Titel »Der Soldat« konnte nicht ermittelt werden.

18

Die Zeitschrift »Geist und Leben« ist eine Fachzeitschrift für geistliche Theologie, christliche Mystik und spirituelle Praxis, 1926 gegründet und seit 1947 von der deutschen Provinz der Jesuiten im Echter Verlag in Würzburg herausgegeben. Sollte es sich in dem hier dargestellten Zusammenhang um diese Zeitschrift handeln, gilt, dass alles, was nicht den von der SED zur Staatsideologie erklärten Marxismus-Leninismus unterstützte, zur Hetzschrift erklärt wurde.

19

»Die Wahrheit. Tatsachen und Argumente aus Ost und West« war eine von der KGU herausgegebene Zeitschrift, die von 1951 bis 1959 monatlich erschien.

20

Die »Tarantel. Satirische Monatsschrift der Sowjetzone« war eine von Heinz W. Wenzel (Pseudonym: Heinrich Bär) in Westberlin herausgegebene und von den USA finanzierte Zeitschrift, die sich satirisch-kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzte. Sie wurde 1950 bis 1962 in Großauflagen von bis zu 300 000 Stück von Westberlin aus in die DDR geschleust. Vgl. Körner, Klaus: Ein »Phänomen« wird entlarvt. Antikommunistische Schriften gegen die DDR aus der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Lokatis, Siegfried; Sonntag, Ingrid (Hg.): Heimliche Leser in der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur. Berlin 2008, S. 156–167, hier 161. Siehe auch Schulz-Heidorf, Walter: Preis unbezahlbar – Die »Tarantel«. Heiße Lektüre im Kalten Krieg. Berlin 1997.

21

»Der Kämpfer. Organ für die nationale Verteidigung« war eine Flugschrift der KGU, die von 1956 bis 1959 herausgegeben wurde und sich an die Angehörigen der »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« richtete. Ihr Titel war an die gleichnamige DDR-Zeitschrift angelehnt, die von 1953 bis 1956 als »Organ der Kasernierten Volkspolizei« diente.

22

»Elternhaus und Schule« war ein vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband publiziertes Blatt in der Bundesrepublik. Sollte dieses hier gemeint sein, gilt auch hier, dass die SED-Ideologen allen ideologisch nonkonformen Schriften das Verdikt der Hetzschrift auferlegten. Es gab daneben eine Zeitschrift gleichen Namens in der DDR, herausgegeben vom Verlag Volk und Wissen. Wahrscheinlich handelt es sich hier um eine gefälschte Ausgabe dieses Blattes.

23

Das Ostbüro der SPD verbreitete kritische Artikel über den stalinistisch geprägten Kommunismus nicht nur auf Flugblättern, sondern publizierte zwischen 1954 und 1959 die Publikationsreihe »Einheit«. Sie erschien in fast identischer Aufmachung wie die gleichnamige Theoriezeitschrift der SED, aber fast immer mit dem Hinweis auf das SPD-Ostbüro als Herausgeber und nur vereinzelt in Tarnumschlägen, die die wahre Herausgeberschaft verschleierten. Die Zeitschrift erschien im angegebenen Zeitraum mehr als 50 Mal in einer Auflage von etwa 10 000 Exemplaren pro Heft. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2006, S. 123 f.

24

Gemeint ist vermutlich die Genfer Außenministerkonferenz (nicht die Genfer Gipfelkonferenz von 1955). Sie war das zweite Treffen der vier Besatzungsmächte. Sie fand in zwei Sitzungen vom 11.5. bis 20.6. und vom 13.7. bis 5.8.1959 statt. Die Außenminister der beiden deutschen Staaten nahmen als Beobachter teil. Die Westmächte unterbreiteten einen Vier-Stufen-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands, nach dem US-amerikanischen Außenminister auch Herter-Plan genannt: 1. Vereinigung von West- und Ostberlin nach freien Wahlen unter der Kontrolle der UNO; 2. Einsetzung eines »deutschen Ausschusses« durch die vier Besatzungsmächte zur Vorbereitung freier Wahlen; 3. Entwurf einer Verfassung durch eine gewählte »gesamtdeutsche Versammlung«; 4. Abschluss eines Friedensvertrages durch die auf der Grundlage dieser Verfassung gebildete gesamtdeutschen Regierung. Siehe: Sieglar, Heinrich von (Hg.): Dokumentation der Genfer Außenministerkonferenz 1959. Bd. 1 [o. O., 1959], S. 59–70.

25

Die Seifert-Methode ist eine nach Erich Seifert benannte Arbeitsmethode im sozialistischen Wettbewerb, »die zur Rationalisierung und Durchsetzung höherer Arbeitsnormen diente.« Die Seifert-Methode »wurde auf dem V. SED-Parteitag (10.–16.7.1958) bekannt gemacht und anschließend vom FDGB massenwirksam popularisiert.« Die Seifert-Methode bedeutete, »nach Möglichkeiten zur Verbesserung der persönlichen wie der betrieblichen Arbeitsorganisation, also nach Rationalisierung der Arbeitsprozesse, zu suchen.« Konsequenter angewandt, bewirkte sie »eine Reduzierung der normierten Fertigungszeiten«, sodass die Arbeitsproduktivität steigen konnte, »bei Störungen der Arbeitsorganisation aber auch Lohninbußen hingenommen werden mussten, weil Ausfallzeiten nur im Durchschnitts- und nicht im Leistungslohn bezahlt wurden.« Vgl. Sattler, Friederike: Seifert-Methode. In: FDGB-Lexikon. Funktion, Struktur, Kader und Entwicklung einer Massenorganisation der SED (1945–1990). Hg. v. Dowe, Dieter; Kuba, Karlheinz; Wilke, Manfred. Bearb. v. Kubina, Michael. Berlin 2009, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/FDGB-Lexikon> (letzter Abruf: 12.4.2022).

26

Chruschtschow weilte vom 4. bis 12.3.1959 zum Staatsbesuch in der DDR. Er besuchte u. a. die Leipziger Messe, trat vor der IX. Deutschen Arbeiterkonferenz auf, sprach auf einer Großkundgebung in Berlin zusammen mit Walter Ulbricht und traf sich mit dem SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer zu einem Gespräch. Im Mittelpunkt aller Gespräche und Auftritte stand der von der Sowjetunion im Januar 1959 an die Westmächte gesandte Entwurf für einen Friedensvertrag der am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen mit Deutschland.

27

Gemeint sind Kontrollen der Personalausweise.